



# DeutscherAnwaltVerein

Der 55. Deutsche Anwaltstag vom  
20. bis 22. Mai 2004 in Hamburg

DAT 2004  
20. Mai 2004

„Rechtsanwälte im Einsatz für die Menschenrechte“  
Freitag, 21. Mai 2004, 14:00 Uhr bis 16:00 Uhr

Expertengespräch und Diskussion: Sabine Leutheusser-Schnarrenberger,  
Bundesministerin a. D., München

- Kurzstatement

**Pressestelle:**

Hotel Radisson SAS Pressesprecher: Swen  
Walentowski Sekretariat: Katrin Schläfke und  
Elke Richter Raum: Salon Kiel und Bremer  
Zimmer

**Pressearbeitsraum:**

Salon Rostock

**Pressekonferenz:**

Donnerstag, 20. Mai 2004, 13.00 Uhr -  
Raum: Saal 15 des CCH

---

**Bitte beachten Sie, dass der Abdruck der Referate nicht gestattet ist.**

## **„Rechtsanwälte im Einsatz für verfolgte Berufskollegen“**

Kurzstatement von Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, MdB

Selbstverständlichkeiten beim Schutz der Menschenrechte sind nicht mehr selbstverständlich im Jahr 2004. Die elementaren Grundprinzipien eines demokratischen Rechtsstaats wie die Achtung der Menschenwürde eines jeden Menschen, die Einhaltung von Mindeststandards bei der Strafverfolgung und das absolute Verbot der Anwendung von Gewalt gegen Verdächtige oder Beschuldigte sind ins Wanken geraten. Nicht nur im Irak, auch in Europa. Finaler Rettungsschuss, Folter zum Erzwingen einer Aussage und die Relativierung des Schutzes des Berufsgeheimnisses von Anwälten geben Nachweis gefährlicher Entwicklungen in Deutschland mit unbestimmtem Ausgang. Die Unschuldsvermutung eines jeden Verdächtigen gerät mit einem Male zur Gefahr für die Sicherheit des Rechtsstaats, zu einem Luxus, den man sich nur in Zeiten fehlender terroristischer Bedrohungen leisten könne. Dies ist keine übertriebene Beschreibung der Menschenrechtslage, sondern weitestgehend Realität und zeigt die Gefahr, in der sich die Menschenrechte befinden. Von vielen Seiten bedroht und mit immer geringer werdenden Stellenwert im Bewusstsein der Bürger und vieler Politiker.

■ Menschenrechtsverteidiger allgemein und Rechtsanwälte der Opfer von Menschenrechtsverletzungen sind von dieser Gewichtsverschiebung zulasten der Menschenrechte genauso betroffen. Im Laufe der Jahre ist ihre Arbeit immer wirksamer geworden und es ist ihnen gelungen, Opfer von Menschenrechtsverletzungen besser zu schützen. Aber sie zahlen einen hohen Preis für diesen Fortschritt. Sie selbst werden immer häufiger das Ziel von Angriffen und ihre Rechte werden in vielen Ländern verletzt. Das Mandat der Sonderbeauftragten der UN-Menschenrechtskommission für die Lage von Menschenrechtsverteidigern musste deshalb 2003 um weitere drei Jahre verlängert werden.

Drei Jahre Sicherheitsgesetzgebung seit dem 11. September 2001 haben die Grund- und Freiheitsrechte weltweit, besonders auch in Deutschland, eingeschränkt, entkernt und teilweise zur Bedeutungslosigkeit verdammt.

Kann diese verhängnisvolle Entwicklung noch einmal umgekehrt werden? Vielleicht nur mit den Verteidigern der Verteidiger.



# DeutscherAnwaltVerein

**Der 55. Deutsche Anwaltstag vom  
20. bis 22. Mai 2004 in Hamburg**

DAT 2004  
20. Mai 2004

## **„Rechtsanwälte im Einsatz für die Menschenrechte“**

Freitag, 21. Mai 2004, 14:00 Uhr bis 16:00 Uhr

Expertengespräch und Diskussion: Dr. Gerhart Baum, Bundesminister a.D.,  
Köln

- Kurzstatement

### **Pressestelle:**

Hotel RadissonSAS  
Pressesprecher: Swen Walentowski  
Sekretariat: Katrin Schläfke und Elke Richter  
Raum: Salon Kiel und Bremer Zimmer

### **Pressearbeitsraum:**

Salon Rostock

### **Pressekonferenz:**

Donnerstag, 20. Mai 2004, 13.00 Uhr  
Raum: Saal 15 des CCH

---

**Bitte beachten Sie, dass der Abdruck der Referate nicht gestattet ist.**

**GERHART R. BAUM**  
RECHTSANWALT  
BUNDESMINISTER A. D.

---

Ubierring 50 50678 Köln Telefon: 0221 / 327 620 Telefax: 0221 / 327 621 E-Mail: grbaum@t-online.de

Köln, den 06. Mai 2004

**Deutscher Anwaltstag 2004**  
**Expertengespräch „Einsatz für verfolgte Berufskollegen“**

In Jahrzehnte langer Praxis als Bundestagsabgeordneter, Leiter der Deutschen Delegation in der VN-Menschenrechtskommission (1993-1998) und Berichterstatter für Menschenrechte im Sudan der VN (2001-2003) habe ich folgende Erfahrungen gemacht:

Rechtsanwälte sind weltweit in der Menschenrechtsbewegung besonders aktiv und darum auch besonders gefährdet. Sie übernehmen aktive Rollen in den Nichtregierungsorganisationen und Oppositionsgruppen in Unrechtsstaaten und sie verteidigen in vielen Fällen deren Opfer. Unterstützung von ihnen meist gleichgeschalteten und regierungstreuen Standesorganisationen haben sie nicht zu erwarten. Umso mehr sind sie auf Hilfe von Außen angewiesen. Ganz generell gilt: In Sachen Demokratie werden wir weltweit nur weiter kommen, wenn wir uns mit denen verbinden, die in diesen Staaten für diese Ziele kämpfen.

Anwälte sind für Unrechtsregime in besonderer Weise gefährlich und unangenehm, weil sie sich auf Rechte berufen, die die Regime zwar stolz vor sich hertragen, aber nicht anwenden. Wir in Mitteleuropa können hier alle Erfahrungen einbringen, die wir mit den osteuropäischen Diktaturen gemacht haben.

In vielen Fällen werden Anwälte, wenn sie sich für Opfer einsetzen, selbst zum Opfer. Der sudanesischer Anwalt Ghazi Suleiman z.B. wurde etwa 30-mal in den letzten Jahren verhaftet und gefoltert -und kämpft weiter. In nicht seltenen Fällen verschwinden Anwälte ohne Gerichtsverfahren. Ihre Berufsausübung wird ihnen verboten. Sie sind ganz auf sich allein gestellt. Hilfe durch öffentliche Meinung und freie Presse sind nicht zu erwarten. Neben Journalisten gehören Anwälte zu den gefährdesten Personen in Unrechts Staaten. Viele von ihnen verstehen sich als „Menschenrechtsverteidiger“ im Sinne der wichtigen VN-Revolution von 98.

Wir sollten ihnen Unterstützung und Hilfe leisten, auch unter Inanspruchnahme des Internet. Es ist schon wichtig, wenn sie Gesprächspartner haben, mit denen sie sich austauschen können. Auch die Nichtregierungsorganisationen, wie Amnesty unterhalten zahlreiche Kontakte zu Anwälten in vielen Ländern. Diese Kontakte sollten ge-

nutzt werden -vor allem auch durch einzelne Anwälte in den Demokratien (Patenschaften!).

Immer wieder stoße ich bei den Menschenrechts Verteidigern auf Unverständnis, dass in den westlichen Demokratien - insbesondere nach dem 11. September - die Rechte von verdächtigen Personen, Angeklagten und Verteidigern eingeschränkt werden, und zwar dergestalt, dass die Grundprinzipien des Rechtsstaats verletzt werden. Hier werden die deutschen Sicherheitspakete ebenso erwähnt, wie der Patriot-Act in den USA und andere Gesetze in anderen Ländern. Wir können den Diktaturen in aller Welt keinen größeren Gefallen tun, als dass wir selbst beginnen, die Menschenrechte und das Völkerrecht zu relativieren und das Strafrecht durch Kriegsrecht zu ersetzen. Damit werden die Menschenrechtsverteidiger noch schutzloser!